

## Nicht gut genug.

# Die Bedeutung der Kleinbauern-Förderung in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit von Marita Wiggerthale, Welternährungsexpertin bei Oxfam



**W**enn vom Engagement des Entwicklungsministeriums (BMZ) im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung die Rede ist, fallen Begriffe wie „Förderschwerpunkt“, „Schlüsselbereich“, „Rekordsumme“, „Task Force“ und „klares Bekenntnis zur Verwirklichung der Menschenrechte“. Das hört sich gut an. Aber, ist es so gut, wie es sich anhört? Die Antwort ist: Entwicklungsminister Niebel hat den Kampf gegen den weltweiten Hunger zur Chefsache erklärt. Und das ist gut so! Aber vieles klingt besser als es ist. Jahrzehntlang wurde der ländliche Raum vernachlässigt. Im Jahr 2008 - das Jahr, in dem die Nahrungsmittelpreise explodierten und weltweit Hungerproteste auslösten - setzte ein Umdenken in Deutschland und weltweit ein. Die ländliche Entwicklung und die Ernährungssicherung wurden unter Rot-Grün als neue Schwerpunktbereiche deklariert. Schwarz-Gelb setzt diesen Kurs fort. Während die Mittel in absoluten Zahlen stiegen, ist der relative Anteil 2010 im Vergleich zu 2008 leicht von zwölf auf elf Prozent gesunken.<sup>1</sup> Im Jahr 2008 flossen BMZ-Gelder in Höhe von 636,3 Millionen Euro in den Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung. Zwei Jahre später waren es 663,2 Millionen Euro. Das sind 27 Millionen mehr als im Jahr 2008. Im Jahr 2011 ist vorläufigen Zahlen zufolge die Summe auf 835,1 Millionen Euro gestiegen (es liegen jedoch keine Informationen vor, in welchen Sachbereichen eine Mittelaufstockung erfolgte). Im

Rahmen der G8 Aquila-Initiative hatte Deutschland für die Jahre 2010 bis 2012 jeweils 700 Millionen Euro zugesagt. Deutschland hält insgesamt seine Aquila-Zusagen ein.<sup>2</sup> Das ist die positive Nachricht. Aber ein Blick auf die Aufschlüsselung der Gelder macht deutlich, dass die Förderung der Landwirtschaft massiv unterfinanziert ist. Im Jahr 2010 sind nur knapp 100 Millionen Euro direkt in die Landwirtschaft geflossen, das entspricht 15 Prozent der Mittel für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung bzw. knapp zwei Prozent des Entwicklungsetats. Viel zu wenig, um den Herausforderungen in der Landwirtschaft und den Bedürfnissen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gerecht zu werden. Kritisch ist zudem, dass der Entwicklungsetat 2013 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2012 um 87 Millionen Euro sinkt. In einer Abstimmung des Bundestags haben Minister Niebel und Kanzlerin Merkel gegen den Antrag der Grünen gestimmt, die Kürzungen des Etats des Entwicklungsministeriums zurückzunehmen. Die Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels rückt in weite Ferne. Mittelaufstockungen für die Landwirtschaft und die Ernährungssicherung sind unter diesen Umständen unwahrscheinlich bzw. könnten nur durch Umschichtungen im Haushalt und damit zulasten anderer Bereiche erreicht werden. Um den Hunger bis 2025 zu beseitigen, hat die FAO einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von 50,2 Milliarden US\$ pro Jahr errechnet. Wie viele der Mittel der Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und agrar-ökologischer Anbauverfahren oder der Hunger- und Armutsbekämpfung im ländlichen Raum dienen, ist allerdings unbekannt. Entsprechende Zahlen und Wirksamkeitsanalysen des Entwicklungsministeriums liegen hierzu nicht vor. Anspruch und Wirklichkeit bei der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe liegen hier weit auseinander. In Sachen Transparenz ist gleichwohl anzuerkennen, dass sich die Situation verbessert hat. Mindestens genauso wichtig wie die Mittelorientierung ist die Ausrichtung der Entwicklungspolitik insgesamt. Entwicklungsminister Niebel setzt insbesondere

auf Investitionen von privaten Unternehmen und vertraut uneingeschränkt der Agrar- und Ernährungswirtschaft, die auf einen massiven Einsatz von Chemie, Düngemitteln und Gentechnik zur Bekämpfung des Hungers setzt. Im Juni 2012 wurde dafür unter der Schirmherrschaft des BMZ die Deutsche Initiative für Agrarwirtschaft und Ernährung in Schwellen- und Entwicklungsländern, kurz DIAE, ins Leben gerufen. Mit dabei sind beispielsweise Bayer, BASF, Syngenta, Mars, Metro, der BDI und die deutsche Zuckerindustrie. Auch die Neue Allianz für Ernährungssicherung - eine Initiative der G8 in Kooperation mit afrikanischen Ländern und Unternehmen wie Monsanto, Bayer, BASF, Cargill und Unilever, die im Mai 2012 vor dem G8-Gipfel in Camp David auf den Weg gebracht wurde, macht deutlich, wohin die Reise geht. Der Staat zieht sich zunehmend aus der Verantwortung, überlässt das Feld mehrheitlich dem Agrobusiness und stellt sich in dessen Dienst. Im Kern geht es bei der Neuen Allianz darum, ihre Investitionen zu erhöhen und sie als Entwicklungsmotor zu etablieren. Aber die Förderung von Investitionen von kleinbäuerlichen Produzentinnen und Produzenten braucht andere Rahmenbedingungen als die großer Konzerne.<sup>3</sup> Wenn die Bundesregierung hierzulande und die Regierungen dort die Masse der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Entwicklungsländern weiter vernachlässigen, wird sich ihre Lebenssituation nicht verbessern. Ganz im Gegenteil!

.....

1. BMZ, Zehn-Punkte-Programm zur ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung. Pressemitteilung vom 25.1.2012.
2. Camp David, Accountability Report 2012. S.13.
3. Oxfam (2012): Tipping the Balance: Policies to shape agricultural investments and markets in favour of small-scale farmers.